

Innsbruck, 26. April 2006

Global Marshall Plan Auswege aus der ökonomischen Falle

Im Mai 2003 haben Franz Josef RADERMACHER und meine Wenigkeit das Projekt: **„Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“** gestartet. Es ist also eine sehr junge Initiative, aber doch eine Initiative, die bereits sehr viel Dynamik entwickelt hat. Gerade deshalb freue ich mich, mit Ihnen darüber zu sprechen, weil ich hoffe, dass Sie nicht nur Zuhörer sind, sondern dass Sie Akteure sind und dass Sie versuchen, in Ihren Wirkungsbereichen das Eine und das Andere zur Weiterentwicklung beizutragen.

Worum geht es eigentlich?

Wir sind herausgefordert, uns in einem gewaltigen geistigen Ringen vehementer als bisher zu positionieren. Wir dürfen uns nicht willenlos einer Maschinerie ausliefern, die derzeit weltweit läuft.

Auf den Punkt gebracht: Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass in Mitteleuropa, dass in den hoch entwickelten Gesellschaften, die wir repräsentieren, Schritt um Schritt eine Demontage Richtung chinesischer Verhältnisse stattfindet.

Deshalb stelle ich an den Beginn ein Zitat.

In der größten österreichischen Tageszeitung gab es vor einigen Wochen eine Artikelserie zum Thema: „Globalisierung“. Im abschließenden Beitrag wurde der Staatsgründer von Singapur mit folgender Aussage in Richtung Europa zitiert:

„Die gemütliche Welt in Europa, die Sie sich nach dem 2. Weltkrieg geschaffen haben, ist zu Ende. Ob Sie es wollen oder nicht. Dieses System zerbrach in dem Augenblick, wo sich über zwei Milliarden Menschen dem Wettbewerb anschlossen: 1 Milliarde in China und 1 Milliarde in Indien.“

Nun, es ist Tatsache, dass mit der Hereinnahme insbesondere der Volksrepublik China in die Welt-handelsorganisation vor wenigen Jahren ein Staat Mitglied dieses globalen Freihandelsregimes wurde, der politisch eine strikte kommunistische Diktatur ist und der wirtschaftlich ein brutales Kapitalismus-system, ähnlich dem im 19. Jahrhundert, repräsentiert.

Das muss Auswirkungen haben. Die spüren wir geradezu tagtäglich, und zwar ganz persönlich.

Ich stelle die Frage: Lassen wir uns weiterhin einreden, dass das einfach so ist, dass man sich damit abzufinden hat, dass man sich daran anzupassen hat: Länger arbeiten, weniger verdienen, weniger soziale Rechte etc. Oder sagen wir: Wem dient denn das Ganze? Muss das so sein oder wird es von wenigen hundert Menschen auf dieser Welt ganz bewusst herbeigeführt und von einigen tausend Helfershelfern in Wissenschaft, Medien, in den großen Stäben der globalen Institutionen, in Parlamenten und Regierungen mitgetragen?

Es geht in erster Linie darum, die Frage einmal intellektuell auf den Punkt zu bringen: Was läuft denn hier ab, warum läuft es so ab und wie kann es anders ablaufen?

Das ist das Anliegen, um das es geht.

Vielleicht noch ein Satz aus dem sehr lesenswerten Beitrag von Kurt SEINITZ:

„In dem grenzenlosen globalen Arbeitsmarkt verliert zusehends die Politik ihre Gestaltungsmacht durch die so genannten Sachzwänge. Demokratie wird zur Kulisse, hinter der ein anderes Stück abläuft. Die Globalisierung macht nationale oder regionale Außenpolitik zur Weltinnenpolitik. Asien empfängt die Arbeitsplätze aus Europa, Afrika schickt Arbeitssuchende nach Europa, Südamerika wird zum Rohstoff- und Agrarlieferanten. Hilflos schauen unsere Nationalstaaten den Global Players zu. Staaten sind erpressbar geworden für eine soziale Anpassungspolitik nach unten.

Schließlich wird herausgearbeitet, dass in diesem Spiel letztlich die demokratische Ordnung in der alten Welt durch eine Verzichtsspirale in einen sozialen Abwehrkampf münden könnte.

Es geht letztlich um den Bestand unseres demokratischen Systems.

Hinter dem Ganzen liegt eine gigantische Problematik der Ungleichheit, der Auseinanderentwicklung.

Wenn wir die Medien verfolgen, dann sehen wir, mit welcher Unbekümmertheit, Maßlosigkeit und Gier in Managementbereichen und in Bereichen kapitalorientierter Unternehmensagglomerationen agiert wird.

Das FORBES-Magazin publiziert dankenswerterweise im Jahresabstand die Liste der Dollar-Milliardäre, deren Zahl von Jahr zu Jahr um etwa hundert größer wird. Derzeit sind wir etwa bei 800, wobei diese kleine Gruppe von Menschen etwa 2.500 Milliarden Dollar an Vermögen besitzt, mit Zuwachsraten von 300 bis 400 Milliarden Dollar pro Jahr.

Im Vergleich dazu beträgt der globale Aufwand für Entwicklungspartnerschaft „mickrige“ 75 Milliarden Dollar.

Das ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit und eine Entwicklung, die meines Erachtens irgendwann zur Explosion führen wird und führen muss.

Die Frage ist: Wartet man ab, bis der Druck im Kochtopf zu groß geworden ist oder reicht die Intelligenz der gestaltenden Kräfte aus, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren?

Ich vermisse bis jetzt – vor allem auch innerhalb der Europäischen Union – die Stimmen von Repräsentanten der europäischen Institutionen, der nationalen Regierungen und Parlamente, die sagen: „So kann’s nicht weitergehen“.

Es wird immer noch versucht, in dieser sozusagen schicksalhaften „Zwangsjacke der Globalisierung“ Jobs herbeizureden und zu sagen: „Wir müssen uns als Europäer eben noch mehr anstrengen“. Es wird nicht gesagt: „Diese Art von Globalisierung ist falsch, ist unfair, ist ungerecht und sie ist auch ökonomisch und politisch nicht haltbar!“

Dort muss man beginnen. Wir müssen dazu beitragen, um die Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien aufzuwecken: „Werdet endlich wach und erkennt, worum es eigentlich geht.“

Wie es im Zitat geheißen hat: „Die Staaten sind erpressbar geworden.“ Sie sind in einem Wettlauf um die Gunst der Kapitalanleger und der Investoren. Eines der Lockmittel ist die sinkende Unternehmensbesteuerung, sind Steuerprivilegien für die reichsten und für die größten der Konzerne und der Kapitalagglomerationen. Die Unternehmensbesteuerungen sinken. Viele der ganz Großen können es sich durch die Bilanzierungsmöglichkeit und die Steueroasen so richten, dass sie die Kosten dort verrechnen, wo sie produzieren und die Gewinne dort, wo sie keine Steuerbelastung haben.

Wir erleben derzeit eine Ausbeutungsstrategie zu lasten der ärmeren Regionen der Welt, die aber auf uns zurückfällt.

Wir haben jetzt schon das Problem, dass wir durch die Ausbeutungsstrategie im anderen Teil der Welt in eine immer unerträglichere Konkurrenzsituation hineingetrieben werden. Auch unsere Errungen-

schaften des Sozialstaates und die „Restbestände“ der Sozialen Marktwirtschaft beginnen abzubrockeln.

Daher brauchen wir eine gerechtere Ordnung für die gesamte Welt und darum sprechen wir vom „Global Marshall Plan“. Eine gerechtere Gestaltung der globalen Entwicklung ist von schicksalhafter Bedeutung auch für uns.

Das ist die neue Herausforderung: Es geht nicht mehr um Almosen in Richtung der Entwicklungsländer. Es geht um Überlebensstrategien – auch in unserem ureigensten Interesse. Es geht nicht nur um die Fragen der ökonomischen, der sozialen, der ökologischen Gegebenheiten, sondern vor allem um eine friedliche weitere Entwicklung.

Hier hat sich erfreulicherweise und nicht zufällig aus dem Zentrum Europas heraus, aus den „Kern-Ländern“ der Sozialen Marktwirtschaft, jene Initiative entwickelt, über die ich heute berichten darf: Die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in Richtung der Erfordernisse in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts.

Wir waren Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre ordnungspolitisch viel weiter als wir es heute sind.

Wir hatten damals nach dem Brundtland-Report – im Zusammenhang mit der Rio-Konferenz 1992 – sowohl global wie auch nationalstaatlich einen hohen Konsens darüber, dass wir eine ausbalancierte Entwicklung brauchen: Ökonomische Entwicklung, soziale Entwicklung und Nachhaltigkeit im ökologischen Bereich. Ab 1993, 1994 sind wir von der Walze der Globalisierung überrollt worden: Mit der Schaffung der Welthandelsorganisation, mit der Schaffung der völligen Freizügigkeit der Kapitalmärkte und mit der „Gehirnwäsche“ des sogenannten neo-liberalen Kurses, der über die OECD etc. hereingebrochen ist. Seit Mitte der 1990er Jahre läuft die Entwicklung einseitig in eine Richtung. Jeder, der sich erlaubt hat, eine andere Meinung zu haben, ist als Gestriger oder als Romantiker oder sonst etwas abgestempelt worden.

Ich habe es selbst erlebt: Wir haben 10 Jahre im Ökosozialen Forum inhaltlich Kurs gehalten, gegen allen Gegenwind. Erst seit wenigen Jahren beginnt das Ganze wieder zu greifen, beginnt man zu erkennen: Irgendetwas stimmt tatsächlich nicht. Das ist unsere Chance!

Worum geht es bei der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, wie es im Programm der CDU steht? Frau MERKEL spricht heute von der „neuen Sozialen Marktwirtschaft“.

In Österreich habe ich 1987/88 als Landwirtschaftsminister den Begriff „Ökosoziale Agrarpolitik“ und „Ökosoziale Marktwirtschaft“ geprägt. Daher sind wir bei diesem Terminus, der im gesamten Global Marshall Plan-Projekt nun international vertreten wird.

Der entscheidende Punkt ist:

Es geht darum, in die Soziale Marktwirtschaft, die das Balancemodell zwischen **leistungsfähiger Marktwirtschaft** und **sozialer Fairness** war, als dritten Eckpunkt die **ökologische Nachhaltigkeit** zu integrieren:

*Durch Kostenwahrheit und Verursacherprinzip,
durch Entwicklung im Umbau des Steuer- und Abgabensystems,
durch globale Entwicklung von Sozial- und Umweltstandards und natürlich auch
durch Gebote und Verbote, wo das ordnungspolitisch nötig ist.*

Das Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft lässt sich in **drei strategischen Eckpunkten darstellen: Wirtschaft – Soziales – Ökologie.**

Diese drei Eckpunkte müssen in Balance zueinander sein!

Also ein leistungsfreundliches Modell, das erfolgsorientiert ist, das Leistung belohnt, das eine wettbewerbsstarke wirtschaftliche Entwicklung zum Ziel hat.

Aber – im Gegensatz zum neo-kapitalistischen System von heute – nicht als Selbstzweck und nicht im Sinne der Profitmaximierung, sondern als Mittel zur Verbesserung der Gesamtsituation.

Das war der ursprüngliche Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft: „**Wohlstand für Alle**“ hat Ludwig ERHARD 1957 geschrieben. Das war das Erfolgsgeheimnis. Dadurch konnte die Lebensqualität einer gesamten Gesellschaft gehoben werden: Mit breit gestreuter Kaufkraft, mit breit gestreutem Eigentum ist wirtschaftliche Dynamik möglich, ist Nachfrage möglich.

Das, was man heute fährt, ist auch ökonomisch dumm. Wenn einigen tausend Super-Milliardären 5 Milliarden arme Menschen auf der Welt gegenüberstehen, wo ist dann der Motor für wirtschaftliche Entwicklung? Das ist der Kurzschluss im Denken der „neoliberalen Schule“.

Daher brauchen wir eine **leistungsfähige Wirtschaft** als Grundlage für die **Weiterentwicklung sozialer Errungenschaften** – eingebettet in eine **ökologische Nachhaltigkeit**, um auf Dauer Lebensraum und Wirtschaft zu sichern.

Das Kunststück der Politik muss sein, dass immer wieder diese Eckpunkte ausbalanciert werden. Das ist natürlich mit Auseinandersetzungen verknüpft. Sozialpartnerschaft bedeutet ja nicht einfach Harmonie, sondern ist ein ständiges Ringen um Verteilungsgerechtigkeit. Das Gleiche gilt für die Polarisierung zwischen Wirtschaft und ökologischer Nachhaltigkeit.

Ganz wesentlich ist darüber hinaus die Respektierung der unterschiedlichen kulturellen Identitäten. Im Gegensatz zur derzeitigen Globalisierung, die versucht, ein Modell über die Welt drüberzustülpen, zielt Ökosoziale Marktwirtschaft auf kulturelle Vielfalt:

Wie die Balance aussieht, wird wahrscheinlich in Indien anders sein als in Mitteleuropa, als in den skandinavischen Ländern oder als in Großbritannien. Und das ist auch möglich.

Unser Modell hat hohe Flexibilität in der konkreten Umsetzung.

Sie haben im Grundprinzip dieses Modell einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft in Japan, aber ganz anders in der konkreten Umsetzung. Sie haben es in Kanada. Sie haben es in den skandinavischen Ländern. Sie haben es in Mitteleuropa etc. Und das ist auch gut so.

Daher ist es möglich, eine solche Konzeption auch als einen Lösungsansatz für die Bewältigung der globalen Herausforderungen zu verwenden.

Ich habe mit Aufmerksamkeit und wir alle von der Global Marshall Plan Initiative auch mit einer gewissen Hoffnung einige Wortmeldungen der deutschen Bundeskanzlerin Angela MERKEL vernommen. Insbesondere in ihrer Rede vor dem World Economic Forum in Davos im Februar 2006 verweist sie darauf, dass es darum geht, zu überlegen, welchen Ordnungsrahmen unsere veränderte Welt braucht.

„Welchen Ordnungsrahmen braucht sie, um die Teilhabe für jeden einzelnen an den Früchten und dem Fortschritt unserer Gesellschaft und unserer Welt zu ermöglichen? Wenn wir diese Frage nicht schlüssig beantworten, wenn wir diesbezüglich keine Einigung finden, dann werden sich neue, schwere soziale und andere Verwerfungen entwickeln, für deren Folgen wir dann alle verantwortlich sind.“

Sie spricht dann ausdrücklich von einer **Entwicklungsnotwendigkeit für die Soziale Marktwirtschaft**.

Meines Erachtens ist sie die erste Spitzenrepräsentantin von hohem Rang in der Politik, die so etwas wieder anspricht.

Die meisten politischen Akteure verwenden die Begriffe „Soziale Marktwirtschaft“ und „Ökosoziale Marktwirtschaft“ nur in Sonntagsreden, aber im Tagesgeschehen kommen diese Begriffe nicht vor, weil sie nicht „in“ sind. Dabei sind sie das Einzige, das wirklich in die Zukunft weist.

Nun, die Frage, die uns in unserer Initiative besonders bewegt und beschäftigt, ist: Kann es und wie kann es gelingen, ein solches Konzept auch in die Globalisierungsstrategie einzuführen?

Daher sprechen wir ganz bewusst von zwei Teilen, um die es uns ordnungspolitisch geht:

Der **Global Marshall Plan** als globale Entwicklungsstrategie, als Strategie der Entwicklungspartnerschaft auf der einen Seite und

ein weltweiter Ordnungsrahmen für Wirtschaft und Gesellschaft in Form einer **weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft** als „zweite Säule“

Wir meinen, dass ein solches Vorhaben nur dann eine Aussicht auf Umsetzung hat, wenn es gelingt, überzeugend darzustellen, dass von einer solchen Strategie beide Seiten der Welt einen Vorteil haben: Der weniger entwickelte Teil der Welt, also die ärmeren Regionen, müssen eine **faire Entwicklungschance** bekommen, und zwar dadurch, dass der reichere Teil der Menschheit bereit ist, nicht nur Brosamen zu geben, sondern in Entwicklungspartnerschaft zu investieren.

Die USA haben nach dem 2. Weltkrieg vier Jahre hindurch etwa 1 ½ % ihres Bruttoinlandsproduktes für den Wiederaufbau West- und Mitteleuropas investiert.

Die OECD-Staaten leisten derzeit etwa 0,2 % ihres Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungspartnerschaft; 0,7 % hat die Staatengemeinschaft bereits 1970 versprochen!

Die EU-Kommission macht jetzt Druck in Richtung der Mitgliedstaaten, bis zum Jahr 2015 diese 0,7 % tatsächlich zu erreichen. Es gibt ganz wenige leuchtende Ausnahmen, das sind die skandinavischen Staaten und die Niederlande, die etwa 1 % ihrer Wirtschaftsleistung für Entwicklungspartnerschaft aufbringen. Alle anderen sind irgendwo zwischen 0,2, 0,3, 0,4 % unterwegs.

Das also ist der eine Teil: Global Marshall Plan; Entwicklungspartnerschaft.
Der zweite Teil heißt: „Weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“.

Die entwickelten Gesellschaften brauchen eine faire Marktwirtschaft, einen **fairen Wettbewerb**. Nicht das, was wir derzeit erleben: Preisdumping, Lohndumping, Sozialdumping, Ökodumping – eine Strategie, die nach unten führt. Das ist destruktiv und auf längere Sicht nicht tragbar.

Wenn wir uns tatsächlich global zu einem solchen Strategiewechsel durchringen können, dann besteht die Chance, so etwas Ähnliches wie ein „**Weltwirtschaftswunder**“ in Bewegung zu bringen.

Da werden dann manche immer kritisch und sagen: „Weltwirtschaftswunder ist an sich schon was Furchtbares“.

Aber bedenken Sie, dass wir 3 Milliarden Menschen haben, die laut UNO-Statistik weniger als 2 Dollar pro Tag zum Vegetieren haben; keine Struktur in Richtung Schulen, Gesundheitssysteme, Mindestversorgung für Lebenserfordernisse. Hier ist ein riesiges Investitions- und Nachfragepotential zu erfüllen, um menschenwürdige Zustände zu schaffen. In diese Bereiche zu investieren, ist meines Erachtens das lohnendste Investment überhaupt. Erstens, weil es den Menschen dort, wo sie sind, Hoffnung und Perspektive gibt und sie nicht in die Migration treibt. Zweitens, weil es die einzige Strategie ist, die in Richtung Friedensfähigkeit brauchbar ist.

Daher baut unser Konzept auf zwei Säulen auf.

Diese „Zwei-Säulen-Philosophie“ unterscheidet den „**Global Marshall Plan für weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft**“ von anderen lobenswerten Einzelinitiativen. Gordon BROWN, der britische Finanzminister, spricht seit zwei Jahren von der Notwendigkeit eines Global Marshall Plan. Aber bei ihm fehlt die Ordnungspolitik. Es gibt viele andere Einzelinitiativen – jede für sich lobenswert, gut und richtig.

Wir sagen: Entwicklungspartnerschaft wird konterkariert, wenn die Welthandelspolitik, wenn die Geldpolitik des Internationalen Währungsfonds völlig in die andere Richtung geht, dann kann man Milliarden in die Entwicklungsförderung stecken und trotzdem werden die Länder ärmer. Das heißt, die zwei Dinge gehören zusammen und sie müssen auch Zug um Zug vorgebracht werden.

Nun zur **1. Säule: Global Marshall Plan – faire Entwicklungschancen.**

Was meinen wir damit konkret?

Wir sagen: Wir brauchen die Welt nicht neu zu erfinden, sondern wir greifen die Punkte auf, über die es – zumindest verbal – in der Staatengemeinschaft Konsens gibt. Den größten Konsens gibt es über die UN Millennium Development Goals, die UNO-Entwicklungsziele. 191 Staaten haben im Jahr 2000 gesagt: Das wollen wir. Das ist der größte Konsens, den man sich vorstellen kann. Nur: Man muss aus diesen Zielen auch etwas machen. Ich muss die 8 Ziele nicht einzeln aufzählen: *Halbierung der Armut, Grundschule für jedes Kind usw.*

Wenn man das ernst nimmt, dann muss man dafür auch etwas investieren. Eine Infrastruktur für Gesundheit, Volksschulen für jedes Kind und damit ja auch die Beseitigung der Kinderarbeit kommen nicht von selbst. Es geht daher ganz zentral um die Mittelaufbringung. Das „0,7 %-Ziel“ ist ein Schritt. Aber nachdem die EU bereits sagt, bis 2015 wollen wir das erreichen, besteht auf jeden Fall eine Finanzierungslücke. Daher brauchen wir zusätzliche Möglichkeiten der Mittelaufbringung. Das Naheliegenderste ist, dass die größten Profiteure der globalen Kapital- und Finanzmärkte ein bisschen was beitragen. Daher: Schaffung einer Abgabe auf spekulative Kapitaltransfers – landläufig unter dem Titel „Tobin Tax“ bekannt – und das zweckgebunden als ersten Schritt für die Finanzierung der UNO-Entwicklungsziele.

Nach unseren Berechnungen bräuchte man nicht einmal ein Zehntel Prozent einer solchen Abgabe, um den Finanzbedarf für die erste Phase abdecken zu können.

Natürlich macht es Sinn, eine solche Kapitaltransferabgabe letztlich noch etwas höher anzusetzen, weil damit auch eine Chance gegeben wäre, weitere Erfordernisse der Gemeinwohlfinanzierung besser zu lösen.

Aber es wäre ein erster Ansatzpunkt.

Nachdem wir zunächst immer nur mit der Aussage konfrontiert waren: „Das geht nicht, vergesst das“, gibt es nun politische Stimmen, die sagen: „Man sollte darüber ernstlich nachdenken“. Auch Herr Bundeskanzler SCHÜSSEL hat das wiederholt ausgesprochen. Das wäre eine der überlegenswerten Möglichkeiten künftiger Finanzierungsstrukturen.

Wir sagen auf der anderen Seite: Global Marshall Plan ist nicht Katastrophenhilfe. Die wird es auch weiter geben müssen. Global Marshall Plan heißt Kooperation und Partnerschaft. Daher auch Kriterien für teilnehmende Länder. Nicht das Geld irgendwelchen Potentanten in den Rachen werfen, sondern sagen: Wenn ein Staat teilnehmen will – so wie beim historischen Marshall Plan – muss er gewisse Kriterien erfüllen: Qualität der Regierung; Transparenz und Kooperation, Respektierung der Menschenrechte und Nachvollziehbarkeit im Mitteleinsatz. Erste Priorität im Mitteleinsatz haben die Millenniumsentwicklungsziele nach dem Grundsatz: Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort.

Das ist der *erste Teil*: **Entwicklungspartnerschaft – Global Marshall Plan.**

Der zweite Teil – zweite Säule: Ordnungspolitischer Rahmen – weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft – fairer globaler Wettbewerb.

Hier geht es zunächst um eine geistige Umorientierung hin zu weltweiter Partnerschaft und zur Erkenntnis, dass Wirtschaft, Soziales und Ökologie sowie die Respektierung unterschiedlicher Kulturen und Lebensformen auch global in einer vernünftigen Balance sein müssen.

Wenn man diese geistige Umorientierung für das globale Geschehen erreicht hat, dann ist es relativ einfach, als ersten konkreten Schritt die verbindliche und verpflichtende Verankerung sozialer und ökologischer Standards in der Welthandelsorganisation sowie in allen anderen wichtigen globalen Vereinbarungen und Institutionen durchzusetzen.

Ein ganz entscheidender und immer aktueller werdender Punkt im Sinne einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft ist die Schaffung besserer Regeln für die globalen Finanzmärkte, um das Risiko der Spekulation gegenüber einzelnen Volkswirtschaften bzw. die Gefährdung der Stabilität von Währungen sowie des Geldwertes besser in den Griff zu bekommen.

Gerade in diesen Tagen sind viele Menschen fassungslos mit den Phänomenen gigantischer Spekulationen mit Hilfe von Steueroasen und Offshore-Bankplätzen konfrontiert. Hier kann es nicht nur um vordergründige Kosmetik gehen. Wenn sich die Staatengemeinschaft und wenn sich die Politik selbst ernst nimmt, dann muss begonnen werden, mit der Ursache des Übels, nämlich den Steuerfluchtpunkten und den „Sümpfen“ für die Spekulation Schluss zu machen.

Ein ebenso schreiendes Unrecht ist die immer größer werdende Ungleichbehandlung im Bereich der Steuerpolitik. Durch die transnational agierenden Konzerne werden einzelne Staaten immer stärker zum Steuerdumping zu Gunsten der transnationalen Ökonomie und des Großkapitals gedrängt. Daher sind Regierungen und Parlamente herausgefordert, einen politischen Grundkonsens im Hinblick auf eine faire Steuerpolitik zu entwickeln. Die immer größer werdende Schere in der Steuerbelastung zwischen dem ortsgebundenen Mittelstand und der global agierenden Ökonomie ist genauso eine Provokation wie die Steuerbelastung der regionalen Transportwirtschaft gegenüber der Steuerfreiheit der globalen Transportindustrie – etwa des internationalen Flugverkehrs und des internationalen Schiffverkehrs.

Das Ziel einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft geht aber noch einen Schritt weiter, nämlich in Richtung Realisierung eines weltweiten Kohäsionsprinzips, einer Art „weltweitem Finanzausgleich“, ähnlich dem Kohäsionsprinzips innerhalb der EU.

Weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft bedeutet schließlich „Wohlstand für Alle“ – aber weltweit und auf Basis ökologischer Nachhaltigkeit. Daher ist die weltweite Durchsetzung des Verursacherprinzips und der ökologischen Kostenwahrheit ein Kernelement weltweiter Ökosozialer Marktwirtschaft.

Für die Durchsetzung des Projektes „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“ ist die Europäische Union von zentraler Bedeutung.

Im Positionspapier der EU-Kommission vom Juli 2005 über die Grundprinzipien der Entwicklungszusammenarbeit sind die Anliegen eines „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“ inhaltlich verankert.

Die EU ist weltweit betrachtet die einzige wirtschaftliche und politische Macht, welche die Grundlagen einer friedlichen und freiwilligen Zusammenarbeit unterschiedlicher Staaten, Nationen, Religionen und Kulturen in sich selbst bereits praktiziert.

Nicht ohne Grund spricht Jeremy **RIFKIN** vom „Europäischen Traum“ als dem derzeit einzig vorhandenen Konzept für die Entwicklung der Menschheit.

In unseren Bemühungen der Global Marshall Plan Initiative setzen wir daher sehr stark auf die enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, mit der EU-Kommission sowie mit einzelnen Parlamenten und Regierungen der Mitgliedstaaten.

Die größte Hoffnung setzen wir dabei auf die deutsche Bundeskanzlerin Dr. Angela MERKEL und auf das „historische Zeitfenster“ 2007.

Denn das Jahr 2007 ist von einer Reihe historischer Anlässe geprägt

„60 Jahre Marshall Plan“,
„50 Jahre Römer-Verträge“,
„15 Jahre Rio-Konferenz“.

Dazu kommen Veranstaltungen des Weltsozialforums in Afrika, des Weltwirtschaftsforums, das Internationale Ökumenische Kirchentreffen und der Deutsche Evangelische Kirchentag.

Im Jahr 2007 hat Deutschland nicht nur die EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr, sondern auch den Vorsitz in der „G8-Gruppe“ der großen Industriestaaten inne.

Wir werden daher von der Global Marshall Plan Initiative aus alles tun, um für diese Ereignisse viel positive Bewusstseinsbildung aufzubauen sowie der deutschen Bundeskanzlerin in ihrem Bemühen starken Rückhalt zu geben.

Die christlichen Kirchen und die vielfältigen kirchlichen Organisationen und Initiativen tragen eine ganz große Verantwortung für die Prägung eines neuen Bewusstseins als Grundvoraussetzung für eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung. Die Grundprinzipien der christlichen Soziallehre sind der wichtigste und modernste Orientierungsrahmen für eine friedliche Entwicklung der Menschheit auf der Basis von Gerechtigkeit und Solidarität. Mit den Grundsätzen der **Personalität**, der **Solidarität**, der **Subsidiarität** und der **Schöpfungsverantwortung** bietet die christliche Soziallehre den idealen Kompass für die Bewältigung der großen gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Herausforderungen in den kommenden Jahren.

Daher ersuche ich Sie um Ihre Unterstützung und um Ihren Einsatz!